



UMSTRITTENES PROJEKT: Der Regionallughafen Kassel-Calden soll ausgebaut werden. Foto: dpa

Kassel darf seinen Flughafen ausbauen

Der Flughafen Hannover bekommt Konkurrenz aus Kassel.

KASSEL/HANNOVER. Die EU gibt ihre Zustimmung für den in Niedersachsen umstrittenen Ausbau des Kasseler Flughafens. Die Europäische Kommission hat gestern in Brüssel die staatliche Förderung des Projekts gebilligt. Es gebe keine Einwände gegen die Unterstützung des Ausbaus des Verkehrslandeplatzes Kassel-Calden zu einem Regionallughafen. Für den Flughafen werden von Land Hessen, Stadt und Landkreis Kassel und Gemeinde Calden insgesamt 114 Millionen Euro bereitgestellt.

Der modernisierte Flughafen könne auch den Flughafen Frankfurt am Main entlasten, auf dem „künftig möglicherweise Kapazitätsengpässe und Nachtflugbeschränkungen zu erwarten“ seien. Der

Betrieb der neuen Anlagen werde voraussichtlich 2011 aufgenommen. Derzeit ist der Flugplatz Kassel für Ferienflieger zu klein, deshalb soll eine neue, deutlich längere Startbahn gebaut werden. Befürworter erhoffen sich davon mehrere Tausend Arbeitsplätze und einen Aufschwung für die Wirtschaft. Während das südniedersächsische Hann. Münden den Lärm von Maschinen fürchtet, sorgt sich der Flughafen Hannover um einen Schwund an Fluggästen.

Der Ausbau gefährde die Existenz des Flughafens Hannover, warnte die EU-Abgeordnete Erika Mann. „Während der Flughafen Hannover wirtschaftlich gut dasteht, wird in Hessen mit staatlichen Beihilfen ein Konkurrent hochgezüchtet.“ Mann empfiehlt dem Flughafen Hannover, gegen die Entscheidung aus Brüssel zu klagen. ran/dpa

Strafbefehl nach Horror-Unfall

BRAUNSCHWEIG. Mehr als sieben Monate nach dem Tod einer schwangeren Frau auf der Autobahn 2 hat die Staatsanwaltschaft Braunschweig einen Strafbefehlsantrag gegen den mutmaßlichen Unfallverursacher gestellt.

Wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und Fahrens ohne Fahrerlaubnis werde eine Freiheitsstrafe von einem Jahr mit Bewährung beantragt, teilte die Behörde mit. Der beschuldigte 34-jährige Franzose war bei Helmstedt

in die Leitplanke gerast, daraufhin löste sich ein Pfosten und traf die werdende Mutter, die mit ihrem Ehemann im Auto auf der Gegenfahrbahn unterwegs war. Das Baby konnte gerettet werden, der Mann erlitt erhebliche Verletzungen.

Wegen des umherfliegenden Leitpfostens, der die 25-Jährige getötet hatte, waren auch die Straßenbaubehörden in die Kritik geraten. Der Typ Pfeiler, der lediglich verschraubt wird, sollte bereits in früheren Unfällen durchgefallen sein. Die Staatsanwalt-

schaft fand jedoch keine Anhaltspunkte für eine strafrechtliche Verantwortung der Mitarbeiter der zuständigen Bundesanstalt für Straßenwesen.

Ursprünglich hatte die 26-Jahre alte Lebensgefährtin des Franzosen angegeben, sie habe am Steuer des Unfallwagens gesessen. Nach Angaben der Anklagebehörde wollte sie offenbar ihren Freund schützen, der keinen Führerschein besaß. Ursache für den Unfall war nach den Ermittlungen ein Fahrfehler des 34-Jährigen. dpa

CDU-Rücktritte nach Celler Debakel

CELLE. Die CDU in Celle hat nach ihrer herben Niederlage bei der Oberbürgermeisterwahl am vergangenen Sonntag personelle Konsequenzen gezogen. Der CDU-Stadtverbandsvorsitzende Heiko Gevers und die Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion Astrid Peters traten von ihren Ämtern zurück.

Nach der massiven Wahlniederlage der CDU müsse sowohl die Partei als auch die Fraktion politische Verantwortung übernehmen, teilte Gevers gestern mit. Die CDU-Kandidatin Susanne Schmitt

hatte bei der Oberbürgermeisterwahl gegen Dirk-Ulrich Mende (SPD) verloren. Die CDU musste damit nach mehr als 60 Jahren an der Rathauspitze ihre bisher größte Niederlage in Celle verkraften.

Kurz nach dem Rücktritt von Peters habe auch er sich dazu entschlossen, sein Amt als CDU-Stadtverbandsvorsitzender aufzugeben, sagte Gevers. Er bleibe allerdings weiterhin Mitglied im Stadtrat. Auch Peters will im Stadtrat bleiben, das versicherte sie am Mittwoch. Bis ein

Nachfolger für sie gefunden wird, werde sie weiterhin kommissarisch als Vorsitzende der Ratsfraktion tätig sein.

Die CDU müsse nach dem Wahlsieg überlegen, wie sie mit dem neuen SPD-Oberbürgermeister zusammenarbeiten könne, sagte Gevers. Im Celler Stadtrat dominieren CDU und FDP. Mitte März will die CDU auf ihrer Klausurtagung darüber beraten, wie sie sich in Zukunft neu aufstellen kann. Auf einer späteren Mitgliederversammlung sollte der neue Stadtverbandsvorsitzende gewählt werden. dpa

Putzdienst für Hildesheimer Schüler

Stadt will am Reinigungspersonal sparen und hofft auf 150 000 Euro Mehreinnahmen

Weil Hildesheim die Gewerbesteuern wagen, sollen jetzt die Schüler putzen. An der Robert-Bosch-Gesamtschule ist das längst Alltag.

VON NORA LYSK

HILDESHEIM. In Hildesheim müssen die Schüler künftig selbst die Besen schwingen. Wegen der desolaten Stadtfinanzen will die Stadt beim Reinigungspersonal sparen – von fünf auf zwei Tage die Woche soll der Reinigungsdienst ab dem 1. April reduziert werden. In einem Schreiben an die 27 Schulen hat die Stadtverwaltung die Einführung des Schüler-Putzdienstes angekündigt. „Besen, Handfeger und Kehrlöcher werden ihnen in der notwendigen Stückzahl zur Verfügung gestellt“ heißt es darin.

Grund für die Einsparungen beim Reinigungsdienst in den Schulen sind die stark gesunkenen Gewerbesteuererlöse in Hildesheim. Durch den Putzeinsatz der Schüler wolle man jährlich etwa 150 000 Euro einsparen.

Verständnis

Nicht an allen Schulen reagiert man auf den Putz-Beschluss mit großer Aufregung. An der Robert-Bosch-Gesamtschule (RBG) gehört der Reinigungsdienst für Schüler längst zum Alltag. In jeder Klasse steht ein Besen bereit. Jeder Schüler ist dafür verantwortlich, dass speziell dort Ordnung herrscht, wo gelernt werden soll.

„Das gehört bei uns mit zum pädagogischen Konzept“, erklärt Schulleiter Wolfgang Kretschmer, der Verständnis für die Entscheidung zeigt, dass künftig auch die Schüler zum Kehrlöcher greifen sollen. „Wenn die Stadt kein Geld hat, dann müssen wir eben ein bisschen mithelfen“, begründet er. Schon jetzt wird von den Schülern durchgeführt, der Müll getrennt und zum Container auf dem Pausenhof gebracht. Auch die Regale



PUTZDIENST NACH SCHULSCHLUSS: In Hildesheim sollen die Schüler ihre Schulen ab April selber sauber machen.

Foto: Gossmann

an der Schule, für die jeder Schüler selbst verantwortlich ist, müssen in Ordnung gehalten werden.

„Lebenswirklich“ nennt der Schulleiter das Putz-Konzept an seiner Schule, die unter anderem mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet wurde und seitdem das Prädikat „Deutschlands beste Schule“ trägt.

Vor Jahren habe man sogar überlegt, die Gebäudereinigung ganz selbst zu übernehmen. „Aber wir wollten den Putzfrauen nicht die Arbeitsplätze wegnehmen“, erklärt Kretschmer. Außerdem gehe es bei dem gefällten Beschluss der Stadt auch

nur um die Klassenräume. Für die Toiletten, das Foyer und die Aula seien weiterhin die Reinigungskräfte der Stadt zuständig.

Auch die kleinen Schüler der Klassen eins bis vier würden vom Putzdienst ausgenommen, sagte Stadtsprecher Horst Richter. In ihren Klassenräumen könnten ältere Schüler die Reinigungsaufgaben übernehmen. Schulen in privater Trägerschaft seien generell nicht betroffen. Weil der Sparbeschluss kurzfristig fiel, ist noch unklar, ob die Verträge mit allen Reinigungsfirmen so kurzfristig verändert werden können. (mit ap/dpa)

Sechs Euro fürs Klo: In Hannover müssen Schüler für den Toilettengang zahlen

HANNOVER. Putzen müssen die Schüler an der hannoverschen IGS List zwar nicht – aber seit mehr als einem Jahr zahlen die Eltern sechs Euro im Jahr Toilettengang für die zusätzliche Reinigung der Bedürfnisanstalten.

„Der Hintergrund ist, dass wir eine Ganztagschule sind und auch zwischen durch die Toiletten gereinigt werden müssen“, er-

klärt Schulleiter Wolfgang Nachtwey. Die Stadt bezahle nur die einmalige Reinigung am Ende des Schultages. Und das reiche eben nicht aus.

Und die Schüler müssten nicht nur zahlen, sondern auch selbst auch die Sauberkeit achten. „Es gibt einen Toilettendienst“, ergänzt Nachtwey. Putzen müssten die Jungen und Mädchen an der IGS List die

Toiletten natürlich nicht. „Aber sie sollen darauf achten, dass alles in Ordnung ist, und bei Unregelmäßigkeiten Bescheid sagen“, erklärt Nachtwey.

Das Konzept habe sich bewährt. Noch vor mehr als einem Jahr, als die Einführung des Toilettengeldes an der IGS List im Schulausschuss der Stadt Hannover publik geworden war, war die Aufregung groß. nl

Protest gegen Turbo-Abi formiert sich

■ Gesamtschulleiter laufen Sturm gegen Schulreform

■ Opposition protestiert

Ein Ausdruck der Konzeptlosigkeit und ein Angriff auf die Gesamtschulen: So reagieren IGS-Schulleiter auf das Abi nach zwölf Jahren.

VON NORA LYSK UND ANDREAS KRASSELT

HANNOVER. 2010 soll es so weit sein. Dann blüht den Gesamtschulen, worüber Eltern, Lehrer und Schüler an Gymnasien seit langem klagen: das Turbo-Abi in zwölf Jahren.

„Ein Todesstoß für unsere Schulform“, meint Walther Engel, Schulleiter der Sekundarstufe II an der IGS Linden in Hannover. Für Engels Kollegen Christoph Walter, Leiter der Sekundarstufe I, steht ebenfalls fest: „Das hat mit der jetzigen

Form einer IGS nichts mehr zu tun.“ Die Idee, durch Zeit, gemeinsamen Unterricht und individuelle Förderung dafür zu sorgen, dass kein Kind zurückbleibe, sei damit tot. „Für das Turbo-Abi bräuchten wir auch Turbo-Klassen, es gebe keinen gemeinsamen Unterricht bis zur zehnten Klasse mehr.“

Weniger pessimistisch sieht das der Schulleiter der Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim, Wolfgang Kretschmer. „Aber zumindest in den oberen Jahrgängen muss das gemeinsame Lernen reduziert werden.“ Im Kultusministerium habe man scheinbar nichts dazugelernt: „Die Fehler die an den Gymnasien gemacht

wurden, die wiederholt man jetzt bei uns.“

Auch an der IGS Roderbruch in Hannover reagierte man gestern geschockt auf die Ankündigung der Landesregierung: „Das ist der härteste Angriff auf uns seit über 30 Jahren“, kritisiert

Schulleiter Bernd Steinkamp. Seitdem das Turbo-Abi an den Gymnasien Standard sei, drängten die Schüler nur so an die Gesamtschulen. „Die Kommunen werden sich wehren.“ Grund: „Wir haben eine enorm wichtige sozialpolitische Funktion“, sagt Steinkamp. Allein im Roderbruch würden an der IGS 25 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund bis zum Abitur geführt. Zudem hätten sich in Hanno-



Christoph Walter

ver 45 Prozent der Eltern für eine Gesamtschule ausgesprochen. „Ich hoffe, dass es ein breites Bündnis gegen die Entscheidung der Landesregierung geben wird.“ Für Gerhard Hildebrand, Vorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG), liegt auf der Hand, dass „diese Beschlüsse Ausdruck völliger Konzeptlosigkeit seitens der Landesregierung sind“. Das integrative Konzept der Gesamtschulen will Hildebrand trotzdem nicht beerdigen. „Das Ganze ist klar gegen uns gerichtet. Aber wir werden diese Schwierigkeiten überwinden.“ Natürlich müsse man sich spätestens ab Klasse acht auf die Kernfächer konzentrieren und die Stundentafel überarbeiten. Kleinkriegen lasse man sich aber nicht.

VON HEIKO RANDERMANN

HANNOVER. Die Ankündigung der Landesregierung, an den integrierten Gesamtschulen das Turbo-Abi einzuführen, rief gespaltenen Reaktionen hervor. Kritik kam vor allem von den Oppositionsparteien.

Das sei eine „Kampfansage an die Gesamtschulen“, sagte Ina Korter, schulpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion. Schon an den Gymnasien habe das Turbo-Abi zu einer völligen Überforderung der Schülerinnen und Schüler geführt; dieser Fehler werde jetzt auch noch multipliziert.

„Durch die Abschaffung des Abiturs nach 13 Jahren an den integrierten Gesamtschulen möchte die Kultusministerin offensichtlich den Zulauf zu den Gesamtschulen verringern“, befürchtet auch die SPD-Schulexpertin Frauke Heili-

genstadt. Die Einführung des Turbo-Abis an den Gesamtschulen nehme den Eltern die Möglichkeit, für ihre Kinder einen weniger stressigen Weg zum Abitur zu wählen. Auch die Linken kritisieren die Maßnahme der Landesregierung.

Gitta Franke-Zöllmer, Landesvorsitzende der Lehrgewerkschaft VBE, sagte: „Der integrierten Gesamtschulbewegung soll die Spitze gebrochen werden.“

Dagegen begrüßte Björn Försterling, Schulexperte der FDP-Fraktion, die Politik: „Wir können mit den Vorschlägen gut leben.“ Auch der Chef des Philologenverbands Guillermo Spreckels begrüßte das Turbo-Abi an Gesamtschulen. Das entspreche dem Bestreben der Gesamtschule, ihre Schüler zu denselben Bedingungen zum Abitur zu führen wie die Gymnasien.



Frauke Heiligenstadt

NIEDERSACHSEN KOMPAKT

Großes Hakenkreuz brennt

Unbekannte stellten Nazi-Symbol an Kirche

BERGEN. Unbekannte haben in Bergen (Kreis Celle) ein 1,80 Meter großes Holz-Hakenkreuz aufgestellt und angezündet. Spaziergänger entdeckten das an einer Kirchenmauer lehrende und an den Enden brennende Nazi-Symbol am Dienstagabend und alarmierten die Polizei. Die Polizei ermittelt, von den Tätern fehlt jede Spur.

Land will Schafsleber-Verbot

Regelung soll europaweit gelten

HANNOVER. Nach Funden dioxinbelasteter Schafslebern strebt Niedersachsen ein europaweites Verkaufsverbot an. Bei einem ersten Bund-Länder-Gespräch werde Niedersachsen auf ein Verbot pochen, sagte ein Sprecher des Landwirtschaftsministeriums. In 38 von 39 Proben in Schleswig-Holstein und Niedersachsen war ein Dioxingehalt oberhalb des Grenzwertes entdeckt worden. Dioxin gilt als krebserregend.

Frau beißt Polizisten

26-Jährige wehrt sich gegen Festnahme

OSNABRÜCK. Eine 26-Jährige hat in der Nacht zum Mittwoch zwei Polizisten in Osnabrück gebissen und verletzt. Nachbarn hatten sich über die Frau beschwert. Trotz mehrfacher Aufforderung der Polizei wollte die Frau keine Ruhe geben. Als die Polizisten sie mit auf die Wache nehmen wollten, wehrte sie sich heftig und biss zwei Beamte in die Hände. Ihr droht ein Strafverfahren.

Minister geht von Fusionen aus

Land bietet finanzielle Anreize

HANNOVER. Das Innenministerium geht trotz der zurückhaltenden Reaktionen finanzschwacher Kommunen von deren Bereitschaft zu freiwilligen Fusionen aus. „Es wird sicherlich innerhalb der Kommunen vernünftige Ergebnisse geben, auch über den Druck der Finanzen“, sagte ein Sprecher. Das Land will von 2011 an bis zu 75 Prozent der Kredite einer Kommune übernehmen.

Verbände und Sander einig

Bund übernimmt Zuständigkeit an Elbe

JORK. Im Streit um die Instandsetzung der Elbufer haben die Verbände und Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) eine Einigung erzielt. Der Bund übernimmt die Zuständigkeit an der Elbe, das Land die Pflege der Osteufer. Einige Verbände hatten den Vertrag abgelehnt, weil er eine Zustimmung zur Elbvertiefung enthielt.

300 Kilo Fleisch gestohlen

Drei Reinigungskräfte räumen ab

CLOPPENBURG. Bis zu 300 Kilogramm Geflügelfleisch sollen drei Arbeiter wöchentlich in einem Betrieb im Kreis Cloppenburg gestohlen haben. Die Männer hätten als Reinigungskräfte in den Hallen gearbeitet, teilte die Polizei mit. Der Schaden beträgt mindestens 10 000 Euro.

KENO

Ziehung: 1 4 10 15 17 19 21 30 33 34 38 51 54 56 57 58 59 65 69 70. Plus 5: 71602. (Ohne Gewähr)